

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

- Drucksachen 12/4200, Vorlagen 12/2894, 12/2945 und 12/3104 -

Einzelplan 04 - Justizministerium

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des Rechtsausschusses

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 wird mit den aus der Anlage 1 ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Einzelplan 04 in seinen Sitzungen am 15. September 1999 und 17. November 1999 beraten.

B Anträge der Fraktionen

Die aus der Anlage 1 ersichtlichen gemeinsamen Anträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden in der Sitzung am 11. November 1999 begründet, beraten und abgestimmt. Die aus der Anlage 2 ersichtlichen Anträge der Fraktion der CDU zum Personalhaushalt wurden dem Rechtsausschuß lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt. Über diese Anträge wurde weder beraten noch abgestimmt. Die Beratung und Abstimmung soll im Unterausschuß "Personal" erfolgen.

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu den zur Abstimmung gestellten Anträgen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bei den jeweiligen Anträgen in der Anlage 1 enthalten.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 04 (ohne Personalhaushalt) unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

Gunther Sieg
Vorsitzender

Anlagen 1 und 2

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04
im Rechtsausschuß
zum Haushaltsgesetz 2000

Sachhaushalt

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
04/01	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 10 Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe (S. 104)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3 040 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">660 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">3 700 000 DM</td> </tr> </table> <p>Deckung: siehe Antrag 04/06</p> <p>Begründung: Der Ansatz soll überrollt werden, um Ende 2000 über die Fortsetzung dieser projektweisen Förderung entscheiden zu können.</p>	von	3 040 000 DM	um	660 000 DM	auf	3 700 000 DM	<p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>Grüne ja</p>
von	3 040 000 DM								
um	660 000 DM								
auf	3 700 000 DM								

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04/02	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit (S. 104)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 410 000 DM</p> <p>um 90 000 DM</p> <p>auf 500 000 DM</p> <p>Deckung: siehe Antrag 04/06</p> <p>Begründung: Der Ansatz soll überrollt werden, um Ende 2000 über die Fortsetzung dieser projektweisen Förderung entscheiden zu können.</p>	<p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>Grüne ja</p>

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04/03	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 210 Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 684 30 Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern (S. 104)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 580 000 DM um 270 000 DM auf 850 000 DM</p> <p>Deckung: siehe Antrag 04/05 (i.H.v. 150 000 DM) und 04/06 (i.H.v. 120 000 DM)</p> <p>Begründung: Der Ansatz soll aufgrund des schon jetzt absehbaren Erfolges der Arbeit erhöht werden, um das Projekt bis Ende 2000 zu sichern. Dann kann über eine Überführung in den Regelbetrieb entschieden werden.</p>	<p>SPD ja CDU nein Grüne ja</p>

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04/04	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 684 20 Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs (S. 360)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1 970 000 DM</p> <p>um 430 000 DM</p> <p>auf 2 400 000 DM</p> <p>Deckung: siehe Antrag 04/06</p> <p>Begründung: Der Ansatz soll überrollt werden, um den schon jetzt absehbaren Erfolg des Projekts bis Ende 2000 zu sichern. Dann kann über eine Überführung in den Regelbetrieb entschieden werden.</p>	<p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>Grüne ja</p>

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04/05	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugsreinrichtungen</p> <p>Titel 684 10 Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e. V. usw. (S. 360)</p> <p>Kürzung des Baransatzes</p> <p>von 150 000 DM</p> <p>um 150 000 DM</p> <p>auf 0 DM</p> <p>Begründung: Der Antrag dient der Haushaltsklarheit, da die Mittel fast in gesamter Ansatzhöhe schon jetzt Kapitel 04 210 Titel 684 30 zugeflossen sind.</p>	SPD ja CDU ja Grüne ja

Anlage 1 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04/06	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titelgruppe 91 Kosten des Vollzugs von Abschiebungshaft</p> <p>Titel 547 91 Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Abschiebebefangenen (S. 398)</p> <p>Kürzung des Baransatzes</p> <p>von 13 000 000 DM</p> <p>um 1 300 000 DM</p> <p>auf 11 700 000 DM</p> <p>Begründung: Durch unterschiedliche Maßnahmen des IM und der kommunalen Ausländerbehörde ist mit einer deutlich niedrigeren Zahl von Abschiebehäftlingen zu rechnen, so daß der Aufwand für die Versorgung und den Einsatz privater Sicherheitsdienste reduziert werden kann.</p>	<p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>Grüne ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
1	CDU	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 10 052 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Der Ansatz wird</p> <table data-bbox="718 584 829 1525"> <tr> <td>von</td> <td>1 218 830 100 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>200 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 219 030 100 DM</td> </tr> </table> <p>erhöht.</p> <ol data-bbox="941 584 1085 1525" style="list-style-type: none"> 1. Hebung von 9 Stellen der Bes.Gr. A 13 g. D. BBesO nach A 13 h. D. BBesO 2. Hebung von 12 Stellen von A 12 nach A 13 3. Hebung von 34 Stellen von A 11 nach A 12. <p>Begründung: zu 1. Die Änderung des Stellenplans soll Beförderungsmöglichkeiten für die Rechtspfleger eröffnen, die in der Position der Geschäftsleiter von Justizbehörden, Amtsgerichten etc. und als Bezirksrevisoren tätig sind.</p>	von	1 218 830 100 DM	um	200 000 DM	auf	1 219 030 100 DM	
von	1 218 830 100 DM								
um	200 000 DM								
auf	1 219 030 100 DM								

Anlage 2 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>zu 2. und 3. In einem ersten Schritt sind bereits im Haushaltsplanentwurf entsprechende Überleitungen für Rechtspfleger nach Abschluß ihrer Tätigkeit in den neuen Ländern vorgesehen. Im Vorgriff auf weiter vorgesehene Überleitungen für das Haushaltsjahr 2000 sollen bereits jetzt diese Überleitungen vollzogen werden. Die Erhöhung des Titelsatzes wird aus den Mitteln der Leistungsprämie gedeckt.</p>	

Anlage 2 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis								
2	CDU	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 20 052 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)</p> <p>Der Ansatz wird</p> <table data-bbox="742 607 853 1518"> <tr> <td>von</td> <td>179 433 00 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>650 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>180 083 000 DM</td> </tr> <tr> <td>erhöht.</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Zahl der beabsichtigten Einstellungsermächtigungen A 9 g. D. Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterinnen wird um 24 auf 25 erhöht.</p> <p>Begründung: Die Zahl der Einstellungsermächtigungen Rechtspflegeranwärter/Rechtspflegeranwärterinnen wird bedarfsgerecht angepasst. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich aufgrund der deutlichen Einstellungsreduzierung im Haushaltsjahr 1999 und nachdem bereits im Haushaltsjahr 1998 die Einstellungsermächtigungen nicht ausgeschöpft wurden, dieser jetzt angesetzte Mehrbedarf aufbaut hat.</p>	von	179 433 00 DM	um	650 000 DM	auf	180 083 000 DM	erhöht.		
von	179 433 00 DM										
um	650 000 DM										
auf	180 083 000 DM										
erhöht.											

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 10 056 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>von 444 700 000 DM</p> <p>um 1 200 000 DM</p> <p>auf 445 900 000 DM</p> <p>erhöht.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. 30 Stellen werden von A9 mit Zulage nach A10 übergeleitet. 2. Der Stellenansatz für A13 h. D. wird um 18 erhöht, 6 Stellen entfallen bei A11, 12 Stellen bei A12. 3. Der Stellenansatz A7 wird um 300 reduziert. Der Stellenansatz A8 wird um 200 erhöht. Der Stellenansatz A9 wird um 100 erhöht. <p>Begründung: Die Aufstockung des Titels erwirtschaftet sich aus der Verwendung der bislang für die Leistungsprämie vorgesehenen Mittel für den Justizvollzugsdienst. Auch im Bericht des Justizvollzugsdienstes sollen die Mittel für dringend erforderliche strukturelle Verbesserungen eingesetzt werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 3		<p>zu 1 Durch die entsprechende Änderung des Stellenplans wird in einem zweiten Schritt - der erste wurde auf der Grundlage des Haushaltsgesetzes 1997 vollzogen - eine angemessene Höhergruppierung im Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes der jetzigen Justizvollzugsinspektoren und Betriebsinspektoren geschaffen.</p> <p>zu 2 Durch die Änderung wird den stellvertretenden Anstaltsleitern ebenfalls in einem zweiten Schritt im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst, deren Dienstvorgesetzte entweder in Besoldungsgruppe A15 oder A16 besoldet werden, eine angemessene Besoldung gewährleistet, die mit Blick auf ihre Tätigkeit zwingend ist.</p> <p>zu 3 Mit Blick auf die ausgesprochen schlechte Beförderungsstruktur im Bereich Strafvollzugsdienst kann erwartet werden, daß das Land dem Beispiel bereits fünf anderer Länder folgt und eine Rechtsverordnung basierend auf Art. 128 Versorgungsreformgesetz zur Änderung der Stellenobergrenzen abweichend von § 28 Bundesbesoldungsgesetz erlassen wird, noch mit Wirkung für das Jahr 2000. Demnach sollen in einem erste Schritt zusätzliche Stellen für den Justizvollzugshauptsekretär geschaffen werden und analog für den Hauptwerksmeister sowie Justizvollzugsamtsinspektor bzw. Betriebsinspektor.</p>	

Anlage 2 zu Vorlage 12/3209

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
4	CDU	<p>Kapitel 04 041 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 20 056 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)</p> <p>Der Ansatz wird</p> <table border="0" data-bbox="702 985 813 1142"> <tr> <td>von</td> <td>21 109 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>585 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>21 694 000 DM</td> </tr> </table> <p>erhöht.</p> <p>Die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Justizvollzugsoberssekretärinwärtler/Justizsekretärinwärtlerin wird von 170 auf 200 erhöht.</p> <p>Begründung: Die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen ist angesichts des nach wie vor gegebenen eklatanten Personalbedarfs im Strafvollzug unumgänglich.</p>	von	21 109 000 DM	um	585 000 DM	auf	21 694 000 DM	
von	21 109 000 DM								
um	585 000 DM								
auf	21 694 000 DM								

Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2000

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 04: Justizministerium
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
04 210	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften			
684 10	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
	Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe	3.040.000	+ 660.000	3.700.000
684 20	Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit	410.000	+ 90.000	500.000
684 30	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern (<u>Der bisherige Haushaltsvermerk entfällt.</u>)	580.000	+ 270.000	850.000
04 410	Justizvollzugseinrichtungen			
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)			
684 10	Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e.V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein e.V. und an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen e.V. und sonstige (<u>Der bisherige Haushaltsvermerk entfällt.</u>)	150.000	- 150.000	0
684 20	Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs	1.970.000	+ 430.000	2.400.000
547 91	Titelgruppe 91 Kosten des Vollzugs von Abschiebungshaft (Haushaltsvermerk unverändert)			
	Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Abschiebungsgefangenen	13.000.000	- 1.300.000	11.700.000
	<u>Hinweis:</u>			